

GELEITWORT

Mit der historischen Erweiterung vom Mai 2004 hat die Europäische Union bei der Förderung von Sicherheit und Stabilität auf dem europäischen Kontinent einen wichtigen Schritt nach vorne getan. Die EU-Erweiterung hat nicht nur die Außengrenzen der EU geändert. Vielmehr hat die Union auch neue Nachbarn gewonnen und ist alten Nachbarn – geopolitisch betrachtet – näher gekommen. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Kontext, dass die europäische Ostpolitik mit ihrer Zielprämisse der *Integration* lange Zeit die europäische Südpolitik dominierte, deren Prämisse eher auf den Prozess der *Kooperation* baute.

Die unklare Verteilung von Aufgaben und Kompetenzen zwischen den einzelnen Mittelmeerinitiativen der USA, EU, NATO und WEU sowie die dürftige Bilanz bisher in Gang gesetzter multilateraler Projekte in der Mittelmeerregion macht derzeit mehr als deutlich, dass es mit dem unverbindlichen Angebot finanzieller und politischer Kooperation in Zukunft kaum getan sein wird. Die Herausforderungen an Europas Südflanke sind viel zu komplex und diffus, als dass die Europäische Union auf sie bereits eine überzeugende Antwort gefunden hätte. Hinzu kommt, dass bei der Einschätzung der Bedeutung des Mittelmeerraumes für die europäische Außenhandels- und Sicherheitspolitik zwischen südlichen und nördlichen EU-Mitgliedsstaaten auf Grund ihrer geostrategischen Lage gewisse Perzeptionsunterschiede bestehen. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Mittelmeerpolitik der Europäischen Union scheinen deshalb oft nur auf dem kleinsten politischen Nenner zu basieren. Trotz dieser Dissonanzen besteht im Hinblick auf die Problemfelder an der europäischen Südflanke, die von sozioökonomischen Schwierigkeiten über Migration, zwischenstaatliche und ethnische Konflikte, Rüstungs-Proliferation und Terrorismus bis zur Umweltverschmutzung reichen, sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik weitgehend Einigkeit über die Dringlichkeit notwendiger Handlungsschritte ebenso wie über deren Reihenfolge. Die Europäische Nachbarschaftspolitik ist als Antwort auf die eben knapp skizzierte Situation zu verstehen.

Das vorliegende Buch greift die Thematik der Mittelmeer-Beziehungen der EU mit wissenschaftlicher Präzision auf und liefert sowohl einen historischen Überblick als auch zahlreiche Zukunftsperspektiven. Babak Khalatbari untersucht im ersten Teil die Genese der euro-

mediterranen Beziehungen und zeigt anschließend Konstanten und Modifikationen in der Region nach dem Ost-West-Konflikt auf. Im zweiten Teil wird die Entstehung, Gestaltung und Bedeutung des Barcelona-Prozesses untersucht, dem sich eine Analyse der Teilnehmerstaaten und Problemfelder anschließt. Ergänzt wird diese Perspektive durch eine Untersuchung der Randbedingungen der gesellschaftlich-politischen Handlungen und Handlungsoptionen sowie der politischen und ökonomischen Interessen der Mittelmeergegenküste. Einen weiteren Schwerpunkt besitzt die Arbeit in der Analyse der Beziehungen zwischen der EU und den Mittelmeerrändern, wobei Khalatbari zu gut nachvollziehbaren Urteilen und Einschätzungen gelangt, die für die Politik aller Beteiligten Defizite aufweisen und Verbesserungen zu Recht anmahnen.

Mögliche Zukunftsperspektiven und Entwicklungsprobleme bilden den Abschluss dieser umfassenden Studie, die der politikwissenschaftlichen Debatte über die Außen- und Außenhandelsbeziehungen der Europäischen Union etliche Anregungen vermittelt. Dabei liefert Babak Khalatbari einen gewichtigen Beitrag zur Aufarbeitung eines Problemkomplexes, der von der bisherigen Forschung eher als randständig bewertet und stiefmütterlich betrachtet wurde. Es fällt ihm folglich der Verdienst zu, die schon seit langem übermäßig auf Osterweiterung und institutionelle Reform der EU forcierten Perspektiven der Europaforschung ein wenig gerade gertückt zu haben in Richtung auf politische Arenen und Handlungszusammenhänge, die der Fürsorge der Europäischen Union *auch* anvertraut sein sollten.

Reinhard Meyers